



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/172 - 29.7.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 21-33
Fernschreiber 039 890

Zu den Spekulationen über Adenauers Moskau-Reise	S. 1
Kleine Fernost-Konferenz in Genf	S. 3
Hintergrund zu einer Pressekonferenz in Bonn	S. 5

Moskau-Reise und deutsche Einheit

sp - In der zweiten Septemberhälfte will Dr. Adenauer nach Moskau reisen. Der Aufenthalt des Kanzlers und einer, wie man hört, sehr starken diplomatischen Delegation in der sowjetischen Hauptstadt wird also der nächsten Genfer Konferenz der Außenminister der vier Großmächte Anfang Oktober vorangehen.

Schon jetzt, also mindestens sechs bis sieben Wochen vor dem Reiseternin, werden eine Fülle von Vermutungen über das laut, was den Inhalt der Moskauer Gespräche angeblich ausmachen werde. Das erscheint reichlich verfrüht, denn in der Zwischenzeit kann sich noch manches ereignen, was die politischen Voraussetzungen für diese Unterhaltungen beeinflussen und im Vergleich zum heutigen Stand wesentlich verändern könnte. Es sind auch bereits amtliche Hinweise gegeben worden, mit denen man sich beschäftigen muß.

Sie besagen, dass auch in Moskau in erster Linie die Frage der deutschen Wiedervereinigung vom Bundeskanzler vorgebracht werden würde. Aber wie wird sich das vollziehen? Der Kanzler wird als Sprecher Westdeutschlands auftreten. Es müßte ihm darauf ankommen, die Voraussetzungen zu klären, unter denen die Sowjets bereit sein würden, zumindest in eine ernsthafte Diskussion der deutschen Frage - und das sollte immer heißen der Frage der deutschen Wiedervereinigung - einzutreten. Er hätte zu bedenken, dass die Sowjets diejenigen sind, die ein Pfand, das sie besitzen, die Sowjetzone, herausgeben sollen und die wünschen, dass das nicht allein auf ihre Kosten geschieht - wenn sie überhaupt heute noch die Absicht haben, ein solches Geschäft ernsthaft zu erwägen. Der Kanzler wird jedoch, das ist nach allem Vorangegangenen sicher, ganz auf der Linie vorgehen, die in Genf von den Westmächten eingehalten worden ist. Und es ist unbestritten, wenn auch nicht vom Kanzler und seinem engeren Anhang, dass diese Linie in der Deutschlandfrage zu einem ausgesprochen enttäuschenden Ergebnis geführt hat. Ganz offenkundig wollen die Sowjets am gegenwärtigen Zustand der Teilung Deutschlands festhalten, solange der Westen nicht gewillt ist, mit ihnen über die Verpflichtungen zu

29.7.1955.

verhandeln, die die Bundesrepublik mit den Pariser Verträgen übernommen hat. Die abschließenden Erklärungen Bulganins in Genf und die ergänzenden Feststellungen Chruschtschews in Ostberlin haben das erneut ganz klar gemacht.

Zwischen den voraussichtlichen Terminen des Besuches von Dr. Adenauer in Moskau und der zweiten Genfer Konferenz wird also wohl nur ein kurzer Zeitraum von wenigen Wochen, vielleicht sogar Tagen, liegen. Er dürfte kaum ausreichen, erst dann, sodann auf der Informationsgrundlage des Moskauer Gespräches, Vorschläge auszuarbeiten, die die Lösung der deutschen Frage fördern könnten. Deshalb drängt die Sozialdemokratische Partei darauf, dass man bei der Bundesregierung jetzt sofort an diese unaufschiebbare Arbeit geht, "in Vorbereitung der Außenministerkonferenz Vorschläge über den internationalen Status eines wiedervereinigten Deutschlands zu entwickeln, die die Zustimmung aller vier Großmächte zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit und seine Mitwirkung in einem Sicherheitssystem ermöglichen." Solange das nicht geschieht, wird man in der Frage der deutschen Einheit nicht weiterkommen, weder in Moskau bei dem zweiseitigen Gespräch, noch, etwas später, in Genf auf der Außenministerkonferenz, zu der aller Wahrscheinlichkeit nach auch Vertreter aus den beiden deutschen Teilstaaten als Berater hinzugezogen werden sollen.

Der Wunsch der Sowjets, auch Vertreter ihres Zonenstaates zu beteiligen, sollte die Regierung in Bonn nicht veranlassen, auf eine eigene Vertretung bei dieser Tagung zu verzichten. Darin würde keinerlei Anerkennung des Sowjetzonenregimes liegen. Die Regierung müßte vielmehr diese Gelegenheit benutzen, ihren Standpunkt in dieser Frage mit allem Nachdruck vor dem gemeinsamen großen Forum darzulegen. Etwas ganz anderes wäre es, wenn man verlangen würde, die verantwortlichen Politiker aus der Bundesrepublik und Mitteld Deutschland sollten sich untereinander über die eigentlichen politischen Grundfragen der deutschen Wiedervereinigung zu einigen versuchen. Das würde eine gefährliche Verschiebung der Verantwortlichkeit bedeuten, die nun einmal, vom Ursprung der deutschen Spaltung her gesehen, zu einem entscheidenden Teil bei den vier Mächten liegt. Außerdem könnte dieses Verfahren zweiseitiger Verhandlungen zwischen West- und Mitteld Deutschland auf höchster Ebene als eine Anerkennung der demokratisch nicht legitimierten Ostzonenregierung angesehen werden.

Der Eindruck, den Sprecher der Bundesregierung und auch Organe, wie das amtliche Bulletin, in den letzten Tagen fast durchweg zu erwecken suchten, als sei speziell die deutsche Frage in Genf ein wesentliches Stück weitergediehen, wird durch die politische Wirklichkeit nicht bestätigt. Es wäre verhängnisvoll, wenn man nun außerdem versuchen sollte, die Meinung zu verbreiten, als würde der Moskauer Aufenthalt des Kanzlers gute Aussichten in dieser für uns entscheidenden Frage eröffnen. Die politischen Gegebenheiten rechtfertigen solche Hoffnungen leider keineswegs.

* * *

- 3 -

Vor der dritten Konferenz von Genf

Diesmal Peking und Washington am Verhandlungstisch

K.W. Und wieder beginnt am Montag - genau 2 Wochen nach dem Treffen der Großen Vier - in Genf eine hochpolitische Konferenz. Die Dinge sind wirklich mit bemerkenswertem Schwung in Fluß gekommen, mit der leidigen Ausnahme der deutschen Frage. Auf "Botschafterebene" - immerhin - wird ein amerikanisch-rotchinesisches Gespräch stattfinden und Eisenhower hat bereits von der Möglichkeit eines Treffens der Außenminister beider Länder gesprochen. Ein Briefwechsel Eisenhower-Nehru soll bei der Vorbereitung im Endstadium eine besondere Rolle gespielt haben.

Das Treffen lag seit der Konferenz von Bandung, wo Tschou En-lai seine Bereitschaft zu Verhandlungen mit Washington erklärte, in der Luft. Auch Dulles hatte sich dazu sehr schnell, wenn zunächst auch noch einigermaßen reserviert, positiv geäußert. Allerdings bezog er Nationalchina, "unseren Alliierten", in solche Verhandlungen ausdrücklich ein.

Auch wenn Monate vergehen mußten, bis eine Ankündigung über das bevorstehende Botschaftertreffen erfolgen konnte, so war doch von Zeit zu Zeit zu hören, dass Angebot und unrißhafte Annahme nicht in den Aktenschränken verschwunden seien. Der britische Geschäftsträger in Peking wurde durch den britischen Außenminister MacMillan eingeschaltet. Krishna Menon, der Weltreisende in Koexistenz, wurde für fast zwei Wochen nach Peking geschickt. Der Generalsekretär der UNO konnte vorher durch seine Reise nach Rotchina die Voraussetzungen schaffen, dass Peking wenigstens einige der gefangenen amerikanischen Flieger entließ. So waren die ganze Zeit über Kräfte am Werk, die Auflockerung in den Beziehungen zwischen der fernöstlichen Großmacht und der westlichen weiterzutreiben.

Es gehört wohl zu den Nebengeräuschen solcher Bemühungen, wenn gerade in letzter Zeit die Regierung in Formosa bemüht gewesen war, von neuen Angriffsvorbereitungen Chinas an der Formosa-Straße zu sprechen. Denn auch Tschiangkaischeck kann kein sehr großes Interesse

29.7.1955

daran haben, Washingtons Vertreter im Botschafterrang am Tisch mit einem rotchinesischen Kollegen zu sehen. Zwar werden die Sprecher des State Department nicht müde, immer wieder zu erklären, dass sie nichts gegen den nationalchinesischen Verbündeten und über seinen Kopf hinweg tun würden. Aber die Fluchtchinesen sind mißtrauische Leute geworden, was man ihnen angesichts ihrer aussichtslosen Lage nicht verübeln kann.

Drehung um 180 Grad

Man muß bis auf die Berliner Konferenz vom Winter 1954 zurückgehen, um die Bedeutung des Wandels erfassen zu können, der sich auch hier anzubahnen scheint. Damals stellte sich Dulles noch völlig taub gegenüber der Existenz eines Festlandschinas. Das erste Genfer Konferenzresultat wurde von ihm darum nicht anerkannt, weil Peking sehr auffällig die Feder führte. Dulles verhielt sich nicht aus Eigenwilligkeit so. Seine Haltung entsprach lediglich den damaligen Gefühlen der amerikanischen Öffentlichkeit. Jetzt aber konnte es der demokratische Senator George wagen, direkt eine Außenministerkonferenz zwischen Rotchina und Washington zu fordern. Das ist ein außerordentlicher Fortschritt, geradezu eine Drehung um 180 Grad.

Nun hat der indische Ministerpräsident unmittelbar nach seiner Rückkehr von seinem Europa-Trip in Neu-Delhi darauf hingewiesen, dass die Situation im Fernen Osten "viel explosiver" sei als das deutsche Problem. Er ist ein guter Kenner seines Kontinents. Er kennt auch die innerchinesischen Schwierigkeiten, die Widerstandsbewegungen in den Provinzen, die Ernährungsschwierigkeiten, Folgen der riesigen Überschwemmungen des vorigen Jahres. Er weiß, dass der Beginn der Kolchoswirtschaft und die neuerdings eingetretene Einengung des privatkapitalistischen Sektors Rückwirkungen auf die innenpolitische Stabilität haben können. Er ist sich auch dessen bewußt, dass totalitäre Regime im Falle solcher innerer Schwierigkeiten gern Ventile nach außen öffnen. Darum vor allem mag er die Lage nicht leicht nehmen.

Auf jeden Fall wird die dritte Genfer Konferenz - in Asienfragen ebenso der Beginn einer ganzen Kette korrender Zusammenkünfte sein wie das Beisammensein der Großen Vier. Es ist wichtig, dass ein Anfang gemacht wird. Seitdem man sich auch in den USA dazu durchgerungen hat, dass nicht jedes Gespräch mit einem Rotchinesen ein Verrat an den höchsten Gütern der Nation zu sein braucht, ist die Themenwahl weniger wichtig als das Zustandekommen des Gesprächs überhaupt. Es ist im übrigen immer so, dass man sich vom Randproblem zum Kernproblem durcharbeiten muß.

Zweilichtfigur Rudolf Steidl

W.F. Das Auftreten Steidls auf einer Presskonferenz in Bonn erfolgt nicht überraschend. Bereits seit dem Frühjahr wußte man, dass er sich nach dem erzwungenen Ausscheiden aus den von ihm geschaffenen Projekten "Deutsche Nationalzeitung", der späteren "Die Nation", mit dem Gedanken trug, sein gesamtes Wissen um die sowjetzonale Finanzierung und Steuerung links- und rechtsextremer Zeitungen in der Bundesrepublik in die Öffentlichkeit zu tragen. Der "Volksbund für Frieden und Freiheit" hat Steidl lediglich anzusprechen und zu verpflichten gebraucht und benützt nun die Vorstellung dieses ehemaligen wichtigen Vertrauensmannes der Sowjets gleichzeitig als eigene Propagandakulisse.

Steidl galt jahrelang als der Mann, der im Auftrage sowjetzonaler Hintermänner westdeutsche nationale Kreise, vor allem ehemaliger Offiziere, ansprechen und im Widerstand gegen Bonn unauffällig für sowjetische Zwecke organisieren sollte. Er veranstaltete bereits 1952 Offizierstreffen ähnlicher Art, wie sie jetzt in Ostberlin von dem ehem. Generalfeldmarschall Paulus arrangiert wurden. Schon damals folgten Hunderte zum Teil hohe und angesehene Offiziere der ehemaligen Wehrmacht seiner Einladung. Informationsdienste, wie das "Militärpolitische Forum" und die "Internationale Militärkorrespondenz" galten stets als getarnte kommunistische Publikationen, obgleich Steidl sich sehr bemühte, nicht als kommunistisch abgestempelt zu erscheinen, weil seine Kontakte im nationalen Lager dadurch zwangsläufig entwertet werden müßten.

Ein schlichter Gefreiter der Wehrmacht

Steidl war weder Oberst noch Major im Generalstab oder gar Hauptmann, wie in Veröffentlichungen über ihn jeweils zu lesen war, sondern ein schlichter Gefreiter der deutschen Wehrmacht. Der 45-jährige ist in Reichenberg im Südetenland geboren, begann die Drogistenlaufbahn, wurde aber bereits als 17-jähriger Jugendsekretär bei der NSDAP, der Vorläuferin der späteren "Hitler-Jugend", noch vor dem Anschluß des Südetenlandes zur Ausbildung auf einer Schulungsstätte der NSDAP und wurde nach dem Anschluß Gaupropagandaleiter der Deutschen

29.7.1955

Arbeitsfront im Sudetenland. Bei Kriegsbeginn wurde er zwar eingezogen, nahm nach eigenen Angaben an Westfeldzug teil, fand später aber vornehmlich in Wehrkreisdienststellen seiner Heimat Verwendung.

Nach seiner Flucht vor den Tschechen im Jahre 1945 kam Steidl nach Bayern und bekleidete dort eine Zeitlang als Verwaltungsangestellter den Posten eines Leiters des Ernährungsamtes in Neuburg-Donau. Erst als Steidl diesen Posten - angeblich wegen Unfähigkeit - aufgeben mußte, begann er sich für eine politische Tätigkeit zu interessieren. Als Flüchtlingssprecher erhielt er schließlich die ersten festen Kontakte zu den Kommunisten. Während eines Aufenthaltes in der Sowjetzone führte er Verhandlungen mit Beauftragten der SED über die Finanzierung seiner publizistischen und sonstigen Pläne. Erst nach seiner Rückkehr aus der Sowjetzone knüpfte er Gespräche mit ehemaligen Offizieren und Soldaten an, wobei er angeblich als Major a.D. auftrat. Das führte später unter seiner Initiative zur Gründung des "Führungsrings ehemaliger Soldaten".

Wenn Steidl aus seinem letzten großen Projekt ausscheiden mußte, so bleibt festzustellen, dass er nicht freiwillig ging. Es wird behauptet, dass seine sowjetzonalen Auftraggeber mit der Art der Verwendung der von ihnen zur Verfügung gestellten Gelder nicht einverstanden gewesen sind. Was die damalige interne Auseinandersetzung pikant und interessant macht, ist, dass der einstige KZ-Kommandant von Oranienburg und später des KZ-Moorlandlagers in England, Werner Schäfer, im Kontakt mit den sowjetzonalen Stellen die Rolle übernommen hat, die Steidl - vielleicht nur ungern - im Herbst 1954 aufgeben mußte.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau